

Forderung des dbb beamtenbund und tarifunion berlin

Corona-Infektionen als Dienstunfall anerkennen!

Der dbb berlin will, dass schwerwiegende Folgen einer Corona-Erkrankung, der wahrscheinlich eine Ansteckung im Dienst zugrunde liegt, als Dienstunfall anerkannt werden. In Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Michael Müller und Finanzsenator Matthias Kollatz fordert dbb Landeschef Becker außerdem mehr vorbeugende Schutzmittel und schnellere Testungen bzw. Isolierungen des direkten Arbeitsumfeldes in Infektionsfällen.

Viele Beschäftigte könnten trotz aller vorbeugender Maßnahmen ein erhöhtes Ansteckungsrisiko nicht vermeiden. „Auf dem Streifenwagen, in den Wachräumen, in den Büros, den Krankenhäusern, dem Justizvollzug, den Bussen und S- und U-Bahnen ist die eigentlich erforderliche Distanz zu Kollegen/Kolleginnen und anderen Personen oft reine Theorie“, schreibt dbb Landeschef Frank Becker wörtlich.

Umso wichtiger sei im Fall einer Infektion eine schnelle und entschlossene präventive Freistellungen der Beschäftigten im direkten Arbeitsumfeld. Die gegenwärtig vorgeschalteten langwierigen Nachverfolgungen, ob eine Unterschreitung des Mindestabstands von anderthalb Meter über mehr als eine Viertelstunde vorgelegen habe, seien fahrlässig und führten zu weiteren Infektionen.

Zumindest müsse aber bei jedem Infektionsfall unverzüglich eine umfassende und unverzügliche eine Testung sämtlicher Kolleginnen und Kolleginnen aus dem Umfeld durchgeführt werden.

Berlin, 23. April 2020